

INFORMATIONSZENTRUM

KRITISCHE WISSENSCHAFT

PABLO-NERUDA-HAUS, AM TAUBENFELDE 30, TEL.: 0511/323423



PRESSEERKLÄRUNG 28.3.79

GORLEBENHEARING 1

1. Eröffnungsrede von Ministerpräsident Albrecht

Herr Albrecht sprach in seiner Rede davon, daß "praktisch volle Öffentlichkeit" hergestellt worden sei. Dies ist ein Hohn, bedenkt man, daß allein ca. 200 Wissenschaftlern aus der ganzen BRD nachweisbar der Zutritt zum Hearing unterbunden wurde, unter ihnen so namhafte Kritiker wie Prof. Bertram, Braunschweig, Dr. H.v.de Sand, Heidelberg, Prof. Scheer, Bremen. Die GLU, die im letzten niedersächsischen Landtagswahlkampf als einzige Partei gegen das geplante Projekt Gorleben votierte, wurde auf ihre Kartenbestellung hin nicht einmal vom Sozialministerium geantwortet. Der FDP, dem Unternehmerverband, der Industrie- und Handelskammer wurden allerdings Eintrittskarten genehmigt. War die Hundertschaft Polizei anwesend, um der Öffentlichkeit beim Betreten des Gebäudes behilflich zu sein?

Weiterhin sprach Herr Albrecht davon, daß für die Entscheidung der Landesregierung "das überzeugende Argument ausschlaggebend" sein würde. Das ist erfreulich zu hören, nur sollte man meinen, ist dafür nötig, daß überzeugende Argumente vorgebracht werden können. Daran schien der niedersächsischen Landesregierung aber nicht gelegen zu haben, sonst hätte sie wohl in der BRD mehr als fünf Kritiker des Gorlebenkonzepts zu den Gutachten und dem Hearing heranziehen können. Profilierter deutsche Kritiker ließ man deshalb lieber gar nicht erst zu Wort kommen. Diese Praxis trieb die Landesregierung letzte Woche so weit, daß sie für die Gutachten im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren die Heidelberger Radioökologen um Dieter Teufel vor die Tür setzte. Glücklicherweise verließen daraufhin aber auch die übrigen 30 Gutachter den Verhandlungsraum. Wenn nur Argumente zählen, scheint die Landesregierung ein eigenartiges Verständnis von Argumenten zu haben: Tausende von Grenzschützern und Polizisten als Argument, um das Projekt Gorleben sicher durchzuziehen; 200 Millionen DM als Argument, um die Infrastrukturen zu schaffen für das Projekt Gorleben; Flachbohrungen als Argument, um den Bau in Gorleben auf sichere Füße zu stellen; 100 freigemachte Zellen für aktive Kritiker, Argumente zählen, nur die Landesregierung hat zusätzlich noch Denkhilfen eingebaut!

2. Grundsätzliche Stellungnahmen der befürwortenden Seite

Prof. Knizia beschwor die Energielücke, 2020 sei unser Energiebedarf 3,8 mal so hoch wie heute. Wir dürfen den Entwicklungsländern nicht mehr das Öl wegnehmen, wir brauchen Humanisierung und Schöpferkraft, da hilft nur Atomenergie. Der Druck auf die Tränendrüse reizte nur zum Gelächter: "Millionen von Kindern sterben heute schon an Energiemangel". Er schwamm sich noch weiter auf der Gruhlischen Welle ein: Die WAA sei auf jeden Fall nötig, um auch das letzte Quantum Energie aus dem Brennmaterial zu kitzeln, auch wenn der schnelle Brüter einen Abgesang macht. Denn, man höre, "Wirtschaftlichkeit ist auch ein ökologisches Ziel". Überhaupt das ganze Projekt erschien bei ihm als ein Ergebnis von Umweltschutzüberlegungen:

Wiederaufarbeitung, damit kein gefährliches Plutonium aufgehäuft wird (es wird eben nur in der Weltgeschichte verstreut!), WAA und Endlager in einem Komplex, damit möglichst wenig Landschaftseingriffe vorgenommen werden müssen, (nur eine Region wird kaputtgemacht), die Endlagerung im Salzstock sei ökologisch sinnvoll, wofür er allerdings die Begründung schuldig blieb. Klar scheint allerdings, daß uns eine Wiederaufarbeitungsanlage nur noch als Umweltschutzmaßnahme verkauft werden kann.

Herr Linnemann, ebenfalls für die Befürworter sprechend, ritt auf der gleichen Welle weiter: "Energie ermöglichte uns, unsere Umwelt wieder sauber zu machen". Eine bescheidene Frage: Ist es nicht einfacher, die Umwelt gleich sauber zu lassen? Außerdem wußte er noch zu berichten, daß radioaktive Niedrigstrahlung keine gesundheitlichen Auswirkungen zeitigt. Dies ist ein Argument, was heute nur noch als Lüge angesehen werden kann. Diese Sorglosigkeit ließ ihn dann präzisieren, daß die Endlagerung nur für ein paar Jahrhunderte sicher erfolgen müßte, dann sei sie genügend abgeklungen, die Radioaktivität. Seltsamerweise ging man bislang immer davon aus, daß Plutonium eine Halbwertszeit von 24000 Jahren hätte. Man muß nur befürchten, daß die Landesregierung die Argumente von Herrn Linnemann überzeugend findet, denn es war eine Attitude der jeweils Regierenden zu sagen: Nach uns die Sintflut.

3. Grundsätzliche Stellungnahmen der Kritikerseite

Walter Patterson berichtete über die Aufgabenstellung des Gorleben International Review. Er bedauerte, daß ihnen wichtiges Material vorenthalten worden sei, daß Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen unterbunden wurde, die Veröffentlichung der Gutachten ihnen vertraglich bis Juli untersagt wurde. Er faßte die wesentlichen Ergebnisse der Gutachten zusammen, daß weder aus technischen, noch ökonomischen oder gesetzgeberischen Erwägungen heraus die WAA geboten erscheint, geschweige denn daß sie nötig oder sinnvoll wäre. Die jetzige Entscheidung für Wiederaufarbeitung wäre eine fatale Festlegung, da dadurch intakte Brennelemente aufgelöst würden und die Option für direkte Endlagerung unmöglich gemacht würde. Prof. Ehrenstein bot als seine persönliche Stellungnahme einen Zehnjahresaufschub an mit rückholbarer Endlagerung, die unterirdisch sein müßte. Damit hätte man die Sicherheit, die heute maximal erreichbar ist und würde alle Optionen offenhalten. Ob die Landesregierung wohl diesen rettenden Finger ergreift?

Die Bürgerinitiativen, Gruppen und Parteien des "Atomkraft - Nein danke!" werden sich nicht davon abhalten lassen, für die Beendigung des Atomprogramms einzutreten, solange Atomreaktoren und Brennstoffkreislauf nicht unter sicherer Kontrolle sind. Dieser Zeitpunkt ist auch nicht absehbar und weitere zehn Jahre sind weitere zehn Jahre in die verkehrte Richtung der Energiepolitik.